

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Preisprospekt: 25 Gulden für monatlich jährlich 6 Gulden für den Rest des Jahres. — Bestellungen nehmen alle Buchhändler, Verleger, Briefträger und die Verlagsanstalt, Dr. Braunhausstraße 30, entgegen. — Einzelhefte, Adressen und Verlagsbedingungen sind bei der Redaktion zu beziehen. — Druck und Verlag: Dr. Braunhausstraße 30, Leipzig.

Abonnementpreis: Für die sechs Monate 12 Gulden, für ein Jahr 24 Gulden. — Einzelhefte, Adressen und Verlagsbedingungen sind bei der Redaktion zu beziehen. — Druck und Verlag: Dr. Braunhausstraße 30, Leipzig.

Nummer 37

Halle (S.), 10. September 1927

3. Jahrgang

Zuspitzung in Genf.

Das Abrüstungsproblem — Die Abrüstungsfrage — Deutschlands führende Rolle — Der polnische Vorstoß — Weltpakt und das Recht der kleineren Nationen — In Paris ausgetischt — Ein neues Locarno? — Das englische Nein — Deutschlands schwierige Stellung — Das polnische Sprengpulver — England als Angeklagter — Chamberlains Entzündung — Die Präsidentenwahl — Oesterreichs Kandidat — Der Katholikentag — Der Schulgesetzentwurf — Kampfanfrage gegen Wirth — Der katholische Adel — Verkehrsminister Koch gegen Schwarzrotgold — Hindenburgs 80. Geburtstag.

Der eigentliche Kern dieser Herbsttagung in der Stadt Bern ist die Abrüstungsfrage. Auf der Tagesordnung steht die Frage, ob der Bericht des Generalsekretärs Sir Eric Drummond nicht ein eigenes Kapitel, und so nicht sich selbst, daß sich die Erörterungen an sie knüpfen. Sie ist der wunde Punkt. Man kann auch sagen, die Existenzfrage des Völkerbundes. Nach dem Friedensvertrag von Versailles, der ihre Satzungen enthält, kann nicht der mindeste Zweifel darüber bestehen, daß die Abrüstung als die wichtigste Aufgabe dieser Institution bezeichnet war. Ganz richtig hatte man damals erkannt, daß eine Hauptursache aller Kriege das Wettrennen ist. Wenn Herr de Jouvenel kürzlich auf der Tagung der interparlamentarischen Union äußerte, nur ein hartes Heer sei eine Friedensgewehr, so mag er damit den Befehl der internationalen Generalität gefunden haben, ein ernstlicher Politiker kann solche Ausführungen nur, als vorläufiglich bezeichnen. Starke Armeen verführen die Staatsmänner, geschürzte Knoten mit dem Schwert zu durchschlagen, statt sie in diplomatisch mühsamer Arbeit zu lösen. Nur die Abrüstung kann die Friedensbewegung fördern. Gewiß haben Völker der Entente nicht unrecht, wenn sie sagen, Deutschland könne leicht die Abrüstung fördern, da es nichts dabei zu verlieren, wohl aber zu gewinnen habe. Sie vergessen jedoch dabei, daß sie selbst die Abrüstung in allen Einzelheiten übermäßig, mit Schritten und Androhung von Sanktionen bis auf den letzten Punkt erzwingen haben. So wurde Deutschland ganz von sich der Wirtführer dieser Forderung. Der Reichstag hat sich nicht befreit. Artikel 8 und 9 des Versaillesvertrag des deutschen Vorgehens. Stresemann handelte also nur im Sinne des Völkerbundes selbst, wenn er mit aller Entschiedenheit die Erfüllung verlangt. Wäre nicht nur im Sinne des Vertrages, sondern des Friedens überhaupt. Was wir dabei erreichen, kommt allen Völkern zugute, deren Staat von den ungeborenen Wehrkräften befreit wird.

Daß den Polen die Möglichkeit eines deutschen Scheiterns, denn um mehr handelt es sich nicht, höchst unwillkommen war, läßt sich begreifen. Sie und ihre Freunde sind bis an die Zähne bewaffnet und üben so eine Drogen aus, die in keinem Verhältnis zur Größe ihrer Arbeit steht. Vor dem Weltgericht ist Polen obendrein eines der größten Missetäter Europas. So verriet man in Warschau auf den Gedanken, die deutsche Aktion zu unterstützen und mit einem eignen Vorstoß auf den Plan zu treten. In seinen einzelnen Verbindungen ist er nicht bekannt, da diese Feilen geschrieben werden. Was die polnische Blätter selbst darüber erzählen, zeigt kein klares Bild. Es scheint ein Weltpakt beabsichtigt zu sein, der über den Völkerbund hinausgreift und die Staaten umfaßt. Das klingt ausgesprochen. Wie der sich nach England verständigen sollen, bleibt bestehen, wenn aber, und das ist mit Sicherheit anzunehmen, London dafür die unbedingte Zusage verspricht, daß sich England jeder Einmischung in fremde Angelegenheiten enthält, so können wir genau wieder sagen, wo wir bisher gestanden haben. Ob Amerika mit uns mitzugehen, kann zweifelhaft sein. Daß aber jeder ein Spezialwunsch äußert wird, darf man schon heute voraussetzen, ohne Propheet zu spielen.

Der polnische Vorschlag, ganz gleich, welche Form er annimmt, wirkt eine falsche Frage auf, die sofort beantwortet werden muß und nicht beantwortet werden kann. In Nichtangriffspakt ist gewiß ideal, aber nur unter der Voraussetzung, daß nämlich das Verhältnis zwischen den Staaten vorher geordnet wird. Es muß zunächst den Unbereitschaften gerecht werden, sonst läuft der ganze Vorstoß lediglich darauf hinaus, den Siegern ihre Beute zu verweigern. Daß das den Polen ausgesprochen gefallen würde, glauben wir schon. In der Welt der realen Tatsachen aber hat das keine Aussicht auf Verwirklichung. Italien wird vielleicht auf Wilna verzichten, das ihm vordringlich genommen worden ist, daß aber Russland sich-Abtrüben den Rumänen und weite Gebietsstreifen den Polen überläßt, daß Ungarn sich endgültig mit der Abrüstung Siebenbürgens an Balfour und Preßburg an die Tischschloßmaler, Oesterreich mit dem Verlust Merans

und Bozens einverstanden erklärt, darf als ausgeschlossen bezeichnet werden. Freilich wird aber werden die Sieger nichts herausgeben und damit schon zeigen, wie wenig ihnen in Wahrheit um die Ruhe der Welt und das Recht der kleinen Völker zu tun ist.

Der Hauptschlag ist natürlich gegen Deutschland gerichtet. Wir wissen aus der französischen Presse, daß man dort Locarno als ungenügend betrachtet. Man hatte uns ja angezogen, für die selbstverständliche Abtrümmung ein neues Locarno zu schließen. Wir konnten schweigen, da London sofort sein Nein sprach. Für uns kommt dieser

van Blootland hielt eine Rede, die eine vernichtende Kritik an dem bisherigen Treiben des Völkerbundes darstellte. Man sei in der Frage der Abrüstung nicht einen Schritt weitergekommen, und er berief sich darauf, daß 1924 das sogenannte Protokoll lang und langlos begraben worden ist. Die Anklage galt den Engländern, die mit getreuzten Armen und eisigen Schwelgen dasaßen. Die kleinen Nationen jubelten, jubelten auch, als der Holländer auf die vielen Sonderverhandlungen anspielte, die sich die Großmächte gestattet, womit Genf entwertet würde. Es war eine Bombenexplosion. So ganz unecht hat der Minister nicht, und daß dies der Fall ist, macht sein Vorgehen zu einer Sensation. Er war sich vermutlich nicht im Unklaren darüber, daß damit die schleichende Krise zu einer akuten werden mußte. Selbstverständlich nehmen sich die Franzosen sofort dieses Vorkisses an, wobei sie vergessen, daß sie die Abrüstung zu Lande mit Erfolg sabotiert haben. England dürfte in die Rolle des Friedensstörers gedrängt werden, die es nach dem Ausschreiben Lord Roberts Cecil schwer tragen kann. Und trotzdem läßt sich schon jetzt erkennen, daß weder die Holländer, noch die Polen etwas ausrichten werden. Im besten Falle werden papierne Resolutionen gefaßt, die niemandem weh tun und nichts bedeuten.

Herzlich willkommen!

Im Reigen der jährlichen Tagungen in Magdeburg während des Anstellungsommers 1927 erscheint am 10. und 11. September die

Mitteldeutsche Beamtenlagung

als eine Großtagung von besonderer Bedeutung. Die Diener am Volke, die in schwersten Tagen, als des Reiches Grundfesten erschütterten, trotz bitterster Not treu zum Reich gehalten und so großes Ansehen abgewendet haben, treten zu Tausenden in der alten, ehrwürdigen Elbsiedlung zusammen, um wichtigste Lebensfragen zu erörtern. Als Treuhänder des Volksstaates, als verantwortliche Funktionäre der deutschen Republik wollen die Beamten den Dienst am Volke ausüben, gereuen die Bestimmungen der Reichsverfassung. Die Magdeburger Tagung ist dazu berufen, mit Entschiedenheit darauf hinzuwirken, daß diese Aufgabe nur von einer wirtschaftlich gefunden Beamtenklasse gelöst werden kann. Möchte die Tagung dazu beitragen, daß das Verständnis für die wichtige Volksfrage in alle Bevölkerungskreise getragen werde zum Heile der deutschen Republik! Möchte die Tagung aber auch den Führern an den verantwortlichen Stellen zeigen, daß die Beamtenschaft einzig ist in der Lösung: Treue um Treue!

Diese Wünsche entzieht zu Beginn der Tagung in der alten, aufstrebenden Hauptstadt Mitteldeutschlands als Willkommengruß.

Der Beamtenauschuß der Deutsch-Demokratischen Partei in Wahlkreis Sachsen-Anhalt.
J. A. Hugo Schmidt.

Gedanke gar nicht in Frage. Wir haben vor zwei Jahren die ewige Festlegung unserer Grenzen mit aller Entschiedenheit abgelehnt und verpöhlen nicht die mindeste Neigung, von dieser Linie abzuweichen. Der polnische Plan stellt sich als nichts anderes dar, als ein Versuch, hinterherum doch noch zum Ziel zu gelangen. Er ist nicht amonst in der Lage zum Vorwärtsschritt auszuführen und dann den Herren in Warschau zur gefälligen Erledigung überlassen worden. Die Überlegung war einfach. Ein Mißerfolg würde in Rechnung gestellt, aber man konnte dann auf Deutschland die Finger weisen, das wieder einmal eine große Friedensbetörung durchkreuzt hätte. Wir werden uns voranschreiten, sich zurückhalten können, da Chamberlain bereits mit hörbarem Unwillen erklärt hat, er sehe den Nutzen solcher Parte nicht ein. Gewiß kann man darüber reden, einen Weltvertrag mit bindender Verpflichtung zum Nichtangriff abzuschließen, aber nur unter einer Bedingung. Die Bevölkerung jedes Gebietes muß dann das Recht haben, sich in freier Abstimmung ihre Staatszugehörigkeit selbst zu wählen.

So spitzen sich die Ereignisse in Genf zu. Sichtbare Unruhe herrscht, als die Vollerversammlung zusammentrat. Durch spürte das nabende Gewitter, daß der polnische Plan durch Zeit Parieren bekanntgegeben werden war. Da stieß Holland vor. Sein Außenminister Jonker Belaert

Der Katholikentag in Dortmund wurde zu einer großen Veranstaltung. Vieles, was dort gesagt worden ist, kann auch unseren Beifall finden. Namentlich das ehrliebe Bekenntnis zur deutschen Republik und ihren Symbolen. Daß es nicht einmütig ist, nur nebenbei. Männer, wie Herr Alois Löwenstein, der frühere Präsident der Katholikentage, machen aus ihrer anders gerichteten Einstellung kein Hehl. Sie haben gemerkt, als der Kaiser von dem Thron, in dem er abstieg, verlangte, daß es schwarz-rot-goldene Platte hießen sollte. Der größte Teil des Adels ist in Breslau vor einem Jahr hinausgegangen, weil die Fahne der Republik wehte. Wir brauchen diesen Protest nicht tragisch zu nehmen. Von dem katholischen Adel gilt genau dasselbe, wie von protestantischen; wenn sie sich nicht der Zeit fügen, geht die Zeit über sie hinweg. Ihre Vorrechte gehören einer Vergangenheit an und haben in der Gegenwart obendrein keine Bedeutung. Viel wichtiger wurde die Tagung durch die immer wieder unterstrichen Forderung nach dem Reichsgesetz. Das ist eine Kampfanfrage gegen die Mehrheit des deutschen Volkes. Der Entwurf des Herrn von Reubell bedeutet Verleugung des deutschen Geisteslebens und Unterbindung der Kultur. Gegen ihn werden wir bis zum letzten stehen. Auch Herr Dr. Wirth ist der gleichen Ansicht. Vielleicht ist es nicht sehr geschickt von ihm gewesen, sich so herauszustellen, denn jetzt gibt er alle Angriffe auf sich. Herr Marx hat von den Wählern verlangt, daß sie sich solche Abgeordnete nicht länger gefallen lassen. Wahrscheinlich kehrt Herr Dr. Wirth wieder, auf einer eigenen Liste gewählt, aber sein Auscheiden aus dem Zentrum bliebe bedauerlich, denn er könnte in der Partei mehr wirken, als außen.

Zur selben Stunde, da Marx in Dortmund sich für die schwarz-rot-goldene Fahne einsetzte, sprach sein Kollege, Dr. Koch, in Stettin dagegen. Er gebrauchte einige kräftige Worte über das Verschwinden des Ministerpräsidenten Braum, natürlich unter dem Jubel seiner Zuhörer. Wie er das mit den Richtlinien vereinbaren will, ist uns

des Blattes mitzuteilen — wie es in vorliegendem Falle bei der „Oberhessischen Zeitung“ auch in der Tat geschehen ist — und sichert sich damit wesentliche materielle Vorteile. Außerdem besteht ein solches Blatt für die Verbreitung der amtlichen Verlautbarungen auch noch staatliche Gelder. Kein Staat kann es aber dulden, daß ein mit der Wahrnehmung seiner staatlichen Hoheit betrautes und mit staatlichen Geldern versorgtes Organ sich gegen seinen eigenen Auftraggeber wendet.

Im übrigen ist der „Oberhessischen Zeitung“ von dem Regierungspräsidenten Friedensburg auch nicht ein Wort über die Ausführungen selbst gemacht worden. Dazu hätte der Regierungspräsident gar kein Recht gehabt. Berechtigt aber und aufs ernsteste verpflichtet war er, die Unvereinbarkeit des staatlichen Auftrages mit Angriffen auf diesen Staat festzustellen. Wenn dann trotzdem, wie es im Falle der „Oberhessischen Zeitung“ geschehen ist, wiederholt und in bösartiger Form diese Angriffe fortgesetzt wurden, so blieb dem Regierungspräsidenten gar nichts anderes übrig, als dem betreffenden Blatt das Aufhören des staatlichen Auftrags mitzuteilen.

Änderung des Postfinanzgesetzes. Vergrößerung der Rechte des Reichstags.

In politischen Kreisen wird, wie der „Demokratischen Zeitungsdienst“ erzählt, zurzeit ernsthaft die Frage einer Änderung des Postfinanzgesetzes überprüft und zwar im Zusammenhang mit der Stellungnahme, die der Verwaltungsrat der Reichspost aus Anlaß der vom Reichspostminister vorgeschlagenen Gebührenerhöhung eingenommen hat. Im Reichstag sind nicht nur aus Kreisen der Oppositionsparteien Änderungsanträge zum Postfinanzgesetz zu erwarten, sondern auch innerhalb der Regierungspartei ist durchaus Stimmung für eine Änderung dieses Gesetzes vorhanden. Man will nur erst den Bericht des Sparkommissars abwarten, der in der nächsten Zeit die Arbeits- und Verwaltungsmethoden der Reichspost einer genaueren Prüfung unterziehen wird.

Die Änderungsansprüche gehen im wesentlichen darauf hinaus, dem Reichstag die Rechte wieder zurückzugeben, auf die er durch das Postfinanzgesetz vom 18. März 1924 verdrängt hat. Reichsregierung und Reichstag bedürfen eines größeren Einflusses auf die Finanzgestaltung der deutschen Reichspost als er gegenwärtig gegeben ist, insbesondere gilt das für die Gestaltung der Gebühren. Es wird in untrüblicher Weise darauf hingewiesen, daß selbst die Reichspost, die der Reichsverwaltung durch das Postfinanzgesetz entzogen ist, hinsichtlich ihrer Tarife gebunden wurde. Alle Veränderungen von Tarifen, Nebengebühren, Tarifvergünstigungen usw. unterliegen der Genehmigung der Reichsregierung. Die ganze Frage wird entweder bei der Berichterstattung des Sparkommissars oder spätestens bei der Beratung des Postgesetzes für 1928 im Reichstag aufgerollt werden. Neben dieser Änderung des Postfinanzgesetzes wird geprüft werden müssen, ob die Verantwortlichkeiten der Reichspost nicht grundsätzlich anders konstituiert werden müssen. Unbestreitbar

ist, daß sich aus der Doppelstellung des Reichspostministers gegenüber dem Reichstag und dem Verwaltungsrat der Reichspost die Schwierigkeiten ergeben, die vor kurzem in die Erziehung getreten sind. In Kreisen des Reichsrats besteht die Meinung, einen früher gefaßten Beschluß wieder aufzunehmen, wonach ein zu ernennender Generalpostmeister den Vorschlag im Verwaltungsrat übernehmen sollte. Von Seiten der Reichsregierung ist damals darauf hingewiesen worden, daß eine solche Zwischenfaktung nur hemmend wirken werde. In diesem Zusammenhang wird weiterhin geprüft werden müssen, ob der Reichspostminister als solcher nicht überhaupt verdrängt werden kann, indem seine Geschäfte vom Reichsverkehrsminister übernommen werden.

Schwarz-Rot-Gold bei der Reichswehr. Ausführungserlass des Reichswehrministeriums.

Das Heeresverordnungsblatt veröffentlicht einen Erlass des Reichswehrministeriums, wonach die erforderlichen Nationalflaggen aus dem Marinearsenal in Kiel beschafft werden sollen. Die Wehrkreisverwaltungsämter haben ihren Bedarf bis spätestens 15. September dem Marinearsenal in Kiel anzugeben, so daß angenommen werden muß, daß bis zum 2. Oktober, dem 80. Geburtstag des Reichspräsidenten alle Reichswehrtruppenteile im Besitz der Nationalflagge Schwarz-Rot-Gold sind. In dem Erlass wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die geforderten Fristen für die Bedarfsmeldung zur beschleunigten Durchführung der ersten Beschaffung unbedingt innezuhalten sind. Die Abmahlung der Nationalflagge müssen denjenigen der gleichzeitig mit ihnen auf den einschlägigen Dienstgebäuden gefesteten Reichstruppenteile gleich sein.

Beamtenfragen. Besoldungsreform und Länderregierungen Änderung des Finanzausgleichs?

Berlin, 7. Sept. Dem „Demokratischen Zeitungsdienst“ wird aus Reichstagskreisen mitgeteilt: Die Verhandlungen über das Besoldungsproblem werden aller Voraussicht nach von sehr erheblichen Konsequenzen finanzieller Art begleitet sein, da eine Reihe von Länderregierungen bereits erklärt haben, die finanziellen Mehrbelastungen, die durch die Besoldungsreform entstehen, nicht tragen zu können. Dies gilt insbesondere für Bayern, trotzdem der bestehende Finanzausgleich zu seinen Gunsten ausgefallen worden ist, mit neuen Geldforderungen an das Reich herantreten und eine Änderung des Finanzausgleichs verlangen wird. Von bayerischer Seite ist erklärt worden, daß die bayerische Staatsregierung einfach keine Mittel habe, um die Besoldungsreform durchzuführen. Mehrere Klagen kommen aus Württemberg. Am kommenden Freitag werden die Finanzminister der größeren Länder in Berlin zu einer Beratung über die Besoldungsreform zusammenzutreten. An dieser Sitzung wird voraussichtlich auch Reichsfinanzminister Köhler oder sein Stellvertreter teilnehmen. Es wird sich im wesentlichen um eine Ausprache, die freilich sehr lebhaft werden wird, handeln, da das Reichskabinett zu diesem

Zeitpunkt zu dem ganzen Problem der Besoldungsreform noch keine Stellung genommen hat. Bis hier hat sich lediglich um Vorschläge des Reichsfinanzministers Köhler selbst.

Einheitsstaat und Beamtenbesoldung.

In einem Beamtenblatt der Postbeamten, dem „fachblatt“, wird über die Frage Einheitsstaat und Beamtenbesoldung u. a. geschrieben: „Man muß sich nicht gerade Anhänger des Einheitsstaates sein, da die Erhaltung der Selbständigkeit einzelner Länder und Volkstämme eine gewisse Bedeutung haben mag; wer aber die Verschiedenartigkeit der Besoldungs-, Eingruppierungs- und Beförderungsbedingungen im Reich, Stadt und Land betrachtet, die Entwicklung verfolgt hat, die diese Probleme in der Kriegszeit angenommen haben, der muß unbedingt der des Einheitsstaates werden, mit einheitlichen formalbestimmungen im ganzen Reich, weil die Besoldung auf diesem Gebiet einfach zum Himmel schreien.“

Preußen und die Besoldungsreform.

Der preussische Finanzminister Höpfer-Abschoff hat Dienstag eine Besprechung mit dem Reichsfinanzminister Köhler über die Fragen der Besoldungsreform. Zu den bisherigen Mitteilungen über die preussischen Besoldungen erklärt, daß innerhalb der zuständigen Stellen einschließliche Stellungnahme überhaupt noch nicht erfolgt ist. Demgemäß sind auch die bisherigen Mitteilungen über die Besoldungspläne zu werten. Richtig dürfte sein, plant ist, die Lehrer in einer einzigen Besoldungsgruppen zusammenzufassen, die das Gehalt der bisherigen Gruppen erhalten. Der preussische Finanzminister wird mit Vertretern der Landtagsparteien in der nächsten Zeit zusammenkommen, und voraussichtlich wird der Hauptausfluß des preussischen Landtags, der am 22. September zusammentritt, sich mit den Fragen der Steuervereinhaltung befaßt, auch einen Beschluß fassen, der die Abschlagszahlungen zu erwartender Besoldungssteigerung regelt. Diese Abschlagszahlungen werden dann auch, ebenso wie im Reich, Oktober in Preußen zur Auszahlung kommen.

Briefkasten

An Mehrere! Wirtschaftlich Schwachen liefern unsere Wochenchrift gegen Erstattung der daren (Zeitungsgeld und Postgebühren).

Amer: Sie dürfen nicht sagen, daß der Reichspräsident Dr. Simons mit den Besoldungen der bekannten Betriebsamale Winter sympathisieren einem Brief vom 12. März 1927 (siehe Magdeburger Zeitung vom 7. April Nr. 1771) hat Dr. S. erklärt, daß diese Bewegung von Winter aufs entscheidendste teile.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag Ludwig Müns, Magdeburg. Druck: Buchdruckerei Hugo Alpers (Allg. Ztg.), Delitzsch.

Trocknender Konjunktur immer noch billige Preise

Renforcé	0,98, 0,70	0,55	Tischlucher	8,25, 5,75	4,25
Hemdentuche	1,20, 1,15	0,72	Handlucher	gesamt u. gebändert, 1,35, 1,05	0,95
Linon 80 cm breit, 1,—	0,85	0,78	Bettlucher	m. Hohlsaum, 4,45	3,90
Linon 1,30 cm breit, 1,65	1,45	1,30	Bezüge	weiß Linon,	7,00
Streifsalin 80 cm breit, 1,30		1,05	Kopfkissen	bestickt, 3,50, 3,25	3,10
Streifsalin 130 cm breit, 2,—		1,78	Dam.-Träg.-Hemden	2,75, 2,55	1,15
Damast 80 cm breit, 1,75		1,35	Damen-Achschelschlus-Hemden,	2,20, 1,90	1,60
Damast 130 cm breit, 2,65		2,35	Damen-Hemdosen	4,75	4,25
Bettuchstoffe	2,75, 2,55	1,95	Damen-Nachthemden	4,40, 4,15	3,65
Handtuchstoffe	0,72, 0,58	0,38	Herren-Hemden	3,75	2,65
Hemdenbarchent	1,10, 0,92	0,60	Herren-Nachthemden	4,75	4,25

Konsum-Berein

für Magdeburg und Umgegend
Ede Peterstr. Jacobstr. 42 Ede Peterstr.

Deutsche Einheit

Wochenchrift
Herausgegeben von Volkshofler J. D. Graf Bernstoff
H. D. R. und Senator a. D. Dr. Stubmann.
Verl.-Verlag G. m. b. H., Hamburg 11.
Bezugspreis: Vierteljährlich 6 RM.

Demokraten!

Beteiligt Euch an dem
Stammisch
jeden Dienstag ab 8 Uhr im
Hotel Weißer Bär.

Hotelu. Restaurant „Weißer Bär“

Bes. Ad. Thurnagel
Billigste Bezugsquelle
für Schuhwaren
B. Wolff's Gelegenheitskäufe
Schwertfegerstraße 14/15.

J. BORMANN

Große Mühlstraße 2
Koffer • Kellertaschen • Damen-Handtaschen • Besuchs-
taschen • Altknappen • Rucksäcke • Sportgürtel
sowie andere Geschenkartikel.

Adressen

jeder Art, für Ihren Betrieb, liefert Ihnen
der bekannte Dresdener
Adressen-Verlag G. Müller
Dresden-N. 6, Königsbrücker Platz 2
(Bitten auf diese Zeitung Bezug zu nehmen)
Adressenkatalog mit ca. 6000 Serien kostenlos

Alle Drucksachen

liefern schnell, sauber und preiswert
Hugo Alpers, Delitzsch
(Bez. Halle), Buchdruckerei, Fernsprecher 466

Werbt neue Abonnenten!

Hohenzollern-Parl

Jeden Dienstag, Mittwoch
Donnerstag ab 3 1/2 Uhr
Kaffee-Konzert
mit
Kleinkunst-Bühne

Salzquelle

Jeden Sonntag:
Konzert
Anschließend
Tanzkränzchen

Parkrestauration Vogelgesang

Täglich Konzert.
Der Dahlienflor ist
voller Pracht.

Fußbodenpolymatten Saloufen, Rolläden,

Reparaturen, Reparaturmatten
Zaloufenfabrik Schmidt
gegründet 1871.
Magdeburg, Heiligegeiststr. 24, Tel.

Kaufe im Konsumverein

Die mittelstandsfreundliche Reichsbahn.

Ueber 1000 Verkaufsstände. Aus Mittelstandskreisen wird uns geschrieben: „Seit längerer Zeit ist ein heftiger Kampf gegen die Deutsche Reichsbahngesellschaft wegen ihrer übertriebenen Förderung des Verkaufsständewesens auf den Bahnhöfen und der dadurch hervorgerufenen Schädigung des Einzelhandels im Gange, der mit Schlagworten und unbewiesenen Behauptungen geführt wird, ohne daß der Reichsbahn bisher die Möglichkeit gegeben war, öffentlich gegen die einseitigen Darstellungen aufzutreten.“

Die deutschen Städte und das Steuervereinheitlichungs-gesetz.

Bedenen und Abänderungswünsche. Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ erzählt, bestehen dem Deutschen Städte-tag drohendster Grundfähigen Zustimmung zu dem Plan der Steuervereinheitlichungs-gesetzes noch eine ganze Reihe Bedenken und Abänderungswünsche. Es wird vor allen Dingen geltend gemacht, daß der Entwurf über die Vereinheitlichung des Steuerrechts durch seine Begrenzung des Rechts der Gemeinden auf Realbesteuerung praktisch ein Vorwegnehmen des endgültigen Finanzausgleichs sei.

den Realsteuer den Gemeinde unbedingt gefordert bleibt. Jede Steuerentlastung, die nicht mit einer grundlegenden Veränderung des Finanzgleichs verbunden sei, mülte von den Städten nach wie vor abgelehnt werden. Weiter werde es Aufgabe der Städte sein, die Rechte der Selbstverwaltung gegenüber den Plänen einer Beteiligung der öffentlich-rechtlichen berufständigen Vertretungen an den Aufgaben der Steuerverwaltung zu wahren.

ringigen Anspruch hat.“ Das ist wohl die Höhe der Beweisführung, daß, wenn ein Stand gegen ein Monopol kämpft und gleiches Recht für alle verlangt, er sich gefallen lassen muß, daß nun die andere Seite ihm sagt, er erbitte ein Monopol.

Der Vorstand und Finanzausschuß des Städte-tages werden sich noch im Laufe des Septembers, vor dem Beginn der Ausschüßberatungen in den Parlamenten, mit dem Steuervereinheitlichungs-gesetz befassen. Der Finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats berät das Steuervereinheitlichungs-gesetz zum ersten Mal am 15. 9. gleichzeitig mit dem Liquidations- und Gewaltschädengesetz. Der Hauptausschuß des Preussischen Landtags tritt am 19. September zur Beratung zusammen, während der zuständige Ausschuß des Reichsrates noch nicht einberufen worden ist.

Eine Frage:

Lieber Freund! Haben Sie in diesem Jahre schon ein Mitglied für die

Deutsche Demokratische Partei

gewonnen?

Andere Parteifreunde haben schon zwei oder drei Mitglieder gewonnen. Ihre Werbung steht noch aus. Wir hoffen zuversichtlich auf Ihre Mitarbeit. Halten Sie sofort Umschau in Ihrem Bekanntenkreis und Sie finden mehrere Gesinnungsfreunde, die Sie der Partei zuführen können.

Diese Behauptung verdient, daß die Öffentlichkeit sie beachtet und daß der Reichstag sich mit der weiteren Behandlung der Angelegenheit darüber klar ist, welches „Verdikt“ für die Postlage des Mittelstandes bei der Reichsbahn besteht, die übrigens auch so etwas wie ein Monopol haben soll und von der erzählt wird, daß sie sich dabei ganz wohl befindet.

Wirtschaftliches Verstärkter Drucksachenverkehr.

Die neuen Bestimmungen der Reichspost. In Verbindung mit der Erhöhung der Postgebühren sind bestimmte Veränderungen im Drucksachenverkehr getroffen worden, die deshalb von Bedeutung sind, weil angeht die Fortentwicklung in zahlreichen Geschäftskreisen das durchaus verstärkte Bestreben erkennbar geworden ist, den Briefverkehr zu verringern und an seine Stelle nach Möglichkeit den Drucksachenverkehr zu setzen.

Nach den Bestimmungen der Reichspost kommt die Trennung der Drucksachen in Rollen und Teildrucksachen in Wegfall. Für beide Drucksachenarten gilt derselbe Gebührensatz. Die jetzt nur für Teildrucksachen zugelassenen Veränderungen und Zuschläge sind bei allen Drucksachen anwendbar.

Offen verandete Drucksachen in Form einfacher Karten, auch mit anhängender Antwortkarte, unterliegen einer ermäßigten Gebühr.

Es ist bei allen Drucksachen gestattet, handschriftlich, mit der Schreibmaschine, mit Stempel, im Durchdruck oder Paustertypen

- 1. eine innere mit der äußeren übereinstimmende Aufschrift anzugeben, sowie in gleicher Weise Abendungszeit, Firmen, Namen, Stand und Wohnort nebst Wohnung des Absenders, keine Fernsprechnummer, die Telegrammanschrift und den Telegrammschlüssel sowie sein Postfach- und Bankkonto und sonstige geschäftliche Merk- und Kennzeichen nachzutragen oder zu ändern;
2. offensichtlich Drucksachen zu fertigen;
3. Stellen des Druckes zu streichen, Worte oder Teile des

Druckes durch Anstriche hervorzuheben und zu unterstreichen;

- 4. Ziffern an offenen gelassenen Stellen des gedruckten Wortlautes nachzutragen;
5. Ziffern zu ändern;
6. sonstige Veränderungen im Wortlaut sowie Nachtragungen an beliebiger Stelle vorzunehmen. Jede Veränderung und Nachtragungen dürfen jedoch zusammengefaßt nicht mehr als 5 Worte umfassen und müssen in leicht erkennbarem lesblichem Zusammenhang mit der gedruckten Mitteilung stehen.
Durch die Veränderungen und Zuschläge keine Mitteilungen in veränderter Sprache entstehen.
Es ist ferner zulässig:
7. Bücher, Bilder und sonstige im Wege des Druckes hergestellte literarische und künstlerische Erzeugnisse mit einer einfachen Widmung zu versehen, die Widmung beizulegen und diese mit Zuschläge über den Inhalt der Sendung zu versehen; die Zuschläge dürfen nicht die Eigenschaft einer besonderen selbständigen Mitteilung haben;
8. bei Bücher- und Sammelbestellungen für buchhändlerische Werke, Bücher, Zeitungen, Zeitschriften, Bilder und Noten, die bestellt oder angebotenen Werte zu bezahlen;
9. im Verkehr der staatlischen, gemeinnützigen und gemeinnützigen Versicherer untereinander und mit den Versicherten in den dabei zur Anwendung kommenden Korrespondenzen die Bücher und sonstigen Werke zu beschriften und kurze, den Verleiher betreffende Bemerkungen hinzuzufügen;
10. Bestimmungsbogen der Urschrift (Manuskript) beizufügen, in den Bogen Veränderungen und Zuschläge zu machen, die die Bestimmung, die Form und den Druck betreffen, und solche Zuschläge auch auf besonderenzetteln anzubringen;
11. bei Quittungsarten der Anwalts- und Hinterlassenschaftsversicherung die durch die Reichsversicherungsordnung zugelassenen Eintragungen vorzunehmen, die Beitragsmarken aufzukleben und die aufgeklebten Marken zu entfernen;
12. bei Drucksachen, die von Berufsvereinigungen oder von Versicherungsanstalten oder ihren Organen auf Grund der Reichsversicherungsordnung abgesandt werden und auf der Außenseite mit dem Namen der Berufsvereinigungen oder der Versicherungsanstalt bezeichnet sind, Zahlen oder Namen einzutragen oder zu ändern.
Drucksachen in Briefform, die den Bestimmungen nicht entsprechen, werden, wenn sie bis 500 Gramm wiegen, der Briefgebühr unterworfen, wenn sie über 500 Gramm wiegen, nicht befördert. Drucksachen in Kartenform, die den Bestimmungen nicht genügen, unterliegen der Postkartengebühr, wenn sie den Bestimmungen für Postkarten entsprechen.

Auslösung von Belohnungen.

Der preussische Innenminister hat den nachstehenden Erlaß herausgegeben:

Die von den Regierungspräsidenten oder den Gerichtsbehörden für die Aufführung von Verdrehen ausgegebenen Belohnungen sind nur für die Mitarbeit von Personen aus der Bevölkerung bestimmt. Beamte, zu deren Berufspflichten die Verfolgung von Verdrehen gehört, sind daher bei der Verfolgung ausgeladener Verdrehen nicht zu berücksichtigen. Zur Vermeidung von Zweifeln ist hierauf bei jeder öffentlichen Auslösung einer Belohnung besonders hinzuweisen.

Haben Beamte bei der Aufführung eines Verdrehens eine über die Erfüllung der geforderten Berufspflichten hinausgehende außerordentliche Tätigkeit entfaltet und sich außergewöhnlichen Anstrengungen unterzogen, so kann ihnen nach Anhörung der zuständigen Gerichtsbehörde auf Antrag von mir eine besondere Belohnung bewilligt werden.

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Preis: 75 Halbpennen monatlich einschließlich Postgebühren. — Bestellungen nehmen alle postfähigen Postämter, Verleger und der Verlag Halle (Saale), Dr. Straußaustraße 30, entgegen. — Einzelhefte, halbes Grosch und Viertelhefte sind ebenfalls zum Bestellen. — Der Inhalt ist für Preisgebung und Entlohnung.

Einzelheftpreis: Für die halbpennigen Miltmeter, Heft 10 Halbpennen. — Anzeigen im Wochenblatt 1 Mark. — Einzelheftpreis durch den Verlag des Politischen Wegweiser, Halle (Saale), Dr. Straußaustraße 30. — Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Dr. Straußaustraße 30. — Schriftleitung: Halle (Saale), Dr. Straußaustraße 30, Fernsprecher Nr. 1277.

Nummer 37

Halle (S.), 10. September 1927

3. Jahrgang

Zuspitzung in Genf.

Das Abrüstungsproblem — Die Abrüstungsfrage — Deutschlands führende Rolle — Der polnische Vorstoß — Weltpakt und das Recht der kleineren Nationen — In Paris ausgetischt — Ein neues Locarno? — Das englische Nein — Deutschlands schwierige Stellung — Das holländische Sprengpulver — England als Angeklagter — Chamberlains Enttäufung — Die Präsidentenwahl — Oesterreichs Kandidat — Der Katholikentag — Der Schulgesetzwurf — Kampfansage gegen Wirth — Der katholische Adel — Verkehrsminister Koch gegen Schwarzrotgold — Hindenburgs 80. Geburtstag.

Der eigentliche Kern dieser Herbsttagung in der Stadt Bern liegt in der Abrüstungsfrage. Auf der Tagesordnung steht sie nicht, aber der Bericht des Generalleutnants Sir Eric Drummond widmet ihr ein eigenes Kapitel, und so sagt es sich von selbst, daß sich die Erörterungen an sie knüpfen. Sie ist der wunde Punkt. Man kann auch sagen, die Existenzfrage des Völkerbundes. Nach dem Friedensvertrag von Versailles, der ihre Satzungen enthält, kann nicht der mindeste Zweifel bestehen, daß die Abrüstung als die wichtigste Aufgabe dieser Institution gedacht war. Ganz richtig hatte man damals erkannt, daß die Hauptursache aller Kriege das Wettrennen ist. Wenn Herr de Jouvenel kürzlich auf der Tagung der interparlamentarischen Union äußerte, nur ein starkes Heer sei eine Friedensgewähr, so mag er damit den Beifall der internationalen Generalkonferenz gefunden haben, ein ernstlicher Politiker kann solche Ausführungen nur, als vorläufiglich bezeichnen. Starke Armeen verführen die Staatsmänner, gefährliche Knoten mit dem Schwert zu durchschlagen, statt sie in diplomatisch mühsamer Arbeit zu lösen. Nur die Abrüstung kann die Friedensbewegung fördern. Gewiß haben Blätter der Entente nicht unrecht, wenn sie sagen, Deutschland könne leicht die Abrüstung fördern, da es nichts dabei zu verlieren, wohl aber zu gewinnen habe. Sie vergessen jedoch dabei, daß sie selbst die Abrüstung in allen Einzelheiten überwaht, mit Sätzen und Androhung von Sanktionen bis auf den letzten Schritt erzwingen haben. So wurde Deutschland ganz von sich der Vorkühler dieser Forderung. Der Rechtsstiel hat sich nicht befreit. Artikel 8 und 9 des Versaillesvertrages, sowie die Präambel zu Teil 5 sind die Grundlagen des deutschen Vorgehens. Stresemann handelte also nur im Sinne des Völkerbundes selbst, wenn er nicht unerschrocken die Erfüllung verlangt. Wäre nicht nur im Sinne des Vertrages, sondern des Friedens überhaupt, das wir dabei erreichen, kommt allen Völkern zugute, deren Staat von den ungewissen Wechsellagen befreit wird.

Daß den Polen die Möglichkeit eines deutschen Scheiterns, denn um mehr handelt es sich nicht, höchst unwillkommen war, läßt sich begreifen. Sie und ihre Freunde sind bis an die Zähne bewaffnet und üben so eine Hegemonie aus, die in keinem Verhältnis zur Größe ihrer Länder steht. Vor dem Weltgericht ist Polen ohne Zweifel eines der größten Mächte Europas. So verdient man zu Recht auf den Gedanken, die deutsche Mission zu unterstützen und mit einem eigenen Vorschlag auf den Weg zu treten. In seinen einzelnen Verbindungen ist er doch nicht bekannt, da diese selten geschrieben werden. Das die polnischen Blätter selbst darüber erzählen, genügt kein lazes Bild. Es scheint ein Weltpakt beabsichtigt zu sein, der über den Völkerbund hinausgreift und die Staaten umfaßt. Das Hingst ausgedehnt. Wie der sich Russland und England verständigen sollen, heißt überflüssig. Gewiß würde Moskau sich kaum ablehnend verhalten, wenn aber, und das ist mit Sicherheit anzunehmen, London dafür die unbedingte Zustimmung verlangt, daß sich Russland jeder Einmischung in fremde Angelegenheiten enthält, so ständen wir genau wieder dort, wo wir bisher gestanden haben. Ob Amerika wilsens ist, mitzumachen, kann zweifelhaft sein. Daß aber jeder sein Spezialinteresse äußern wird, darf man schon heute voraussetzen, ohne Propheet zu spielen.

Der polnische Vorschlag, ganz gleich, welche Form er annimmt, wirft eine förmliche Frage auf, die sofort beantwortet werden muß und nicht beantwortet werden kann. In Nichtangriffspakt ist gewiß ideal, aber nur unter der Voraussetzung, daß nämlich das Verhältnis zwischen den Staaten vorher geordnet wird. Es muß zunächst den Umherirrenden geteilt werden, sonst läßt der ganze Vorschlag lediglich darauf hinaus, den Siegern ihre Beute zu räumern. Daß das den Polen ausgezeichnet gefallen würde, glauben wir schon. In der Welt der realen Tatsachen aber hat das keine Aussicht auf Verwirklichung. Italien wird vielleicht auf Wilna verzichten, das ihm überdieslich genommen worden ist, daß aber Russland es abzugeben den Rumänen und weite Gebietsstreifen den Polen überläßt, daß Ungarn sich endgültig mit der Absetzung Siebenbürgens an Budapest und Preßburg an die Tschechoslowaken, Oesterreich mit dem Verlust Merans

und Bogens einverstanden erklärt, darf als ausgeschlossen bezeichnet werden. Freiwillig aber werden die Sieger nichts herausgeben und damit schon zeigen, wie wenig ihnen in Wahrheit um die Ruhe der Welt und das Recht der kleinen Völker zu tun ist.

Der Hauptschlag ist natürlich gegen Deutschland gerichtet. Wir wissen aus der französischen Presse, daß man dort Locarno als ungenügend betrachtet. Man hatte uns ja angefallen, für die selbstverständliche Ausräumung ein neues Locarno zu schließen. Wir konnten schweigen, da London sofort sein Nein sprach. Für uns kommt dieser



Herzlich willkommen!

Im Reigen der jährlichen Tagungen in Magdeburg während des Ausstellungsjahrs 1927 erscheint am 10. und 11. September die

Mitteldeutsche Beamtentagung

als eine Großtagung von besonderer Bedeutung. Die Diener am Rolk, die in schweren Tagen, als des Reiches Grundfesten erschütterten, trotz bitterster Not treu zum Reich gehalten und so großes Ansehen erworben haben, treten zu Tausenden in der alten, ehrwürdigen Elbschiffstadt zusammen, um wichtigste Lebensfragen zu erörtern. Als Treuhänder des Volksstaates, als verantwortliche Funktionäre der deutschen Republik wollen die Beamten den Dienst am Volke ausüben, getreu den Bestimmungen der Reichsverfassung. Die Magdeburger Tagung ist dazu berufen, mit Entschiedenheit darauf hinzuwirken, daß diese Aufgabe nur von einer wirtschaftlich gefunden Beamtenschaft gelöst werden kann. Möchte die Tagung dazu beitragen, daß das Verständnis für diese wichtige Volksfrage in alle Bevölkerungskreise getragen werde zum Heile der deutschen Republik! Möchte die Tagung aber auch den Führern an den verantwortlichen Stellen zeigen, daß die Beamtenschaft einzig ist in der Lösung: Treue um Treue!

Diese Wünsche entbietet zu Beginn der Tagung in der alten, aufstrebenden Hauptstadt Mitteldeutschlands als Willkommensgruß.

Der Beamtenschaft
der Deutsch-Demokratischen Partei im
Wahlkreis Sachsen-Anhalt.
J. A. Hugo Schmidt.



Gedanke gar nicht in Frage. Wir haben vor zwei Jahren die ewige Festlegung unserer Grenzen mit aller Entschiedenheit abgelehnt und verpöhlen nicht die mindeste Neigung, von dieser Linie abzuweichen. Der polnische Plan stellt sich als nichts anderes dar, als ein Verzicht, hinterherum doch noch zum Ziel zu gelangen. Er ist nicht ansonst in der Umgebung Polens ausgetischt und dann den Herren in Warschau zur gefälligen Erledigung überlassen worden. Die Ueberlegung war einfach. Ein Mißerfolg würde in Rechnung gestellt, aber man konnte dann auf Deutschland die Finger weisen, das wieder einmal eine große Friedensstörung durchkreuzt hätte. Wir werden uns voraussichtlich nicht zurückhalten können, da Chamberlain bereits mit hörbarem Unwillen erklärt hat, er sehe den Nutzen solcher Parte nicht ein. Gewiß kann man darüber reden, einen Weltvertrag mit bindender Verpflichtung zum Nichtangriff abzuschließen, aber nur unter einer Bedingung. Die Bevölkerung jedes Gebietes muß dann das Recht haben, sich in freier Abstimmung ihre Staatszugehörigkeit selbst zu wählen.

So spielen sich die Ereignisse in Genf zu. Sichtbare Unruhe herrscht, als die Vollversammlung zusammentritt. Man spricht das nahe Gewitter, da der polnische Plan durch Paris bekanntgegeben worden war. Da stieß Holland vor. Sein Außenminister Jonker Belcaert

van Blootland hielt eine Rede, die eine vernichtende Kritik an dem bisherigen Treiben des Völkerbundes darstellte. Man sei in der Frage der Abrüstung nicht einen Schritt weitergekommen, und er berief sich darauf, daß 1924 das sogenannte Protokoll lang- und langsam bestritten worden ist. Die Forderungen der Engländer, die mit getreuzten Armen und eifrigem Schweißen dasahen. Die kleinen Nationen jubelten, jubelten auch, als der Holländer auf die vielen Sonderverhandlungen anspielte, die sich die Großmächte gestatten, damit Genf entwertet würde. Es war eine Bombenexplosion. So ganz unzufrieden nicht im Unklaren darüber, daß damit die schleichende Krise zu einer akuten werden müßte. Selbstverständlich nahmen sich die Franzosen sofort dieses Vorschlags an, wobei sie versagten, daß sie die Abrüstung zu Lande mit Erfolg sabotiert haben. England dürfte in die Rolle des Friedensstörers gedrängt werden, die es nach dem Ausschcheiden Lord Robert Cecil schwer tragen kann. Und trotzdem läßt sich Polen jetzt erkennen, daß weder die Holländer, noch die Polen etwas ausrichten werden. Im besten Falle werden papierne Resolutionen gefaßt, die niemandem weh tun und nichts bedeuten.

Die Präsidentenwahl in Genf wurde zu einer Uebertragung. Der Japaner Masaki zog seine Kandidatur zurück, weil er nur eine einstimmige Wahl annehmen würde, die ausgeschlossen war. So traten Guani, der Vertreter Uruguays und der Oesterreicher Graf Mensdorff allein in die Schranken. Dr. Guani siegte, da die meisten europäischen Staaten für ihn waren, nur seine eigenen Landsleute, die Südamerikaner, verweigerten ihm die Gefolgschaft.

Die Tagung wird zu einer Uebertragung. Der Japaner Masaki zog seine Kandidatur zurück, weil er nur eine einstimmige Wahl annehmen würde, die ausgeschlossen war. So traten Guani, der Vertreter Uruguays und der Oesterreicher Graf Mensdorff allein in die Schranken. Dr. Guani siegte, da die meisten europäischen Staaten für ihn waren, nur seine eigenen Landsleute, die Südamerikaner, verweigerten ihm die Gefolgschaft.

Der Kaiserliche Hof hat sich zu einer Uebertragung. Der Japaner Masaki zog seine Kandidatur zurück, weil er nur eine einstimmige Wahl annehmen würde, die ausgeschlossen war. So traten Guani, der Vertreter Uruguays und der Oesterreicher Graf Mensdorff allein in die Schranken. Dr. Guani siegte, da die meisten europäischen Staaten für ihn waren, nur seine eigenen Landsleute, die Südamerikaner, verweigerten ihm die Gefolgschaft.



Zur selben Stunde, da Marx in Dortmund sich für die schwarz-rot-goldene Fahne einsetzte, sprach sein Kollege, Dr. Koch, in Stuttgart dagegen. Er gebrauchte einige prägnante Worte über das Verfaßren des Ministerpräsidenten Braun, natürlich unter dem Jubel seiner Zuhörer. Wie er das mit den Reichstagen vereinbaren will, ist uns